Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 75 (1983)

Heft: 2

Artikel: Arbeitslosigkeit

Autor: Magri, Jules

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-355125

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Arbeitslosigkeit

Jules Magri

Ursachen der Arbeitslosigkeit

Die westliche Wirtschaft ist heute durch Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet: 10 Millionen Arbeitslose in den USA und in Zentraleuropa, 25 im OECD-Raum, 3,3 in England, 1,8 in Deutschland, 2 in Frankreich.
Es kommt zur Entlassung von Arbeitskräften und damit zur Arbeitslosigkeit, wenn in einem Unternehmen, in einzelnen Zweigen der Volkswirtschaft oder in ihr insgesamt die Nachfrage zurückgeht. Der *Nachfragerückgang* bringt Absatzrückgang und Gewinnausfall. Um Verluste zu vermeiden, schränken die Unternehmen ihre Investitionen, ihre Produktion, ihre Nachfrage nach Zulieferungsprodukten ein und entlassen Mitarbeiter, die arbeitslos werden und wiederum ihre Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen einschränken müssen. Eine Kettenreaktion von Nachfrageausfällen und damit verbundener Arbeitslosigkeit breitet sich über die ganze Volkswirtschaft aus.
Nachfragerückgang oder Nachfrageausfall in einem einzelnen Unternehmen oder in einem Wirtschaftszweig können auftreten, wenn der Markt für dieses oder jenes Produkt gesättigt ist (für Kühlschränke, Radio- und Fernsehapparate zum Beispiel besteht heute fast nur noch eine Ersatznachfrage) oder die Nachfrage nach einer Güterart auf eine andere sich verschiebt (Umschichtung in der Nachfrage infolge von Modewechsel, neuer Produkte oder Herstellungstechniken).
Der Arbeitslosigkeit, niedrigen Löhnen und Renten ist eine gewisse *Selbstverstärkungstendenz der Arbeitslosigkeit* innewohnend. Die Übernachfrage nach Arbeit drückt auf die Löhne und damit auf die Konsumnachfrage. Ältere Menschen versuchen infolge niederer Altersrenten länger im Arbeitsprozess zu bleiben. Man hält nach Nebenerwerb Ausschau oder macht Überstunden, um karges Lohneinkommen aufzubessern. In den Familien wird das Bestreben verstärkt, dass auch die Frau und Mutter arbeiten geht und Jugendliche früh Verdienst heimbringen müssen, Jugendliche auf eine Berufslehre, auf den Besuch der Mittel- und Hochschule verzichten.
Weitere Ursachen der Arbeitslosigkeit: Ein zu hoher Kurs der inländischen Währung steigert die Preise der Exportgüter und der inländischen Fremdindustrie, verbilligt aber gleichzeitig die Importe und verstärkt die Konkurrenz für die Inlandindustrie. Ein nicht vorausgesehener Ausfall der Nachfrage nach bis anhin üblichen Erzeugnissen kann die auf diese Erzeugnisse ausgerichteten Produktionslagen und Berufskenntnisse ganz oder teilweise entwerten; und das bedeutet Arbeitslosigkeit, berufliche Umschulung, Umstrukturierung der Produktionsanlagen für neue

Produkte und Suchen der Märkte für diese neuen Produkte. Importsperren, Protektionismus und hohe Schutzzölle blockieren oder erschweren den Export und internationalen Handel.
Eine inflationäre Preisentwicklung entwertet die Geldreserven der Unternehmen, die Ersparnisse, Renten und Löhne, schmälert also die kaufkraftunterbaute Nachfrage. Sie täuscht steigende Gewinne vor, verführt damit zu Überinvestitionen und Kapitalfehlleitungen.
Die immer ausgedehntere Verwendung technischer Produktionsmittel und von Kapital je Arbeitsplatz verlangt eine immer längere Vorausplanung der Investitionen. Damit wächst die Gefahr, falsch oder zu viel zu investieren, und damit die Gefahr von Verlusten, Betriebseinschränkungen und Entlassungen.
Ein hoher Grad der Selbstfinanzierung – Sparen und Kapitalbildung über den Preis auf Kosten der Konsumentenersparnisse – schmälert die Kaufkraft und Sparmöglichkeiten der Konsumenten.
Hohe Zinssätze steigern die Wohnungsmieten und Produktionskosten, dämpfen also Nachfrage und Absatz, zudem erschweren sie die Investitionen.

Arbeitslosigkeit und Löhne

Arbeitgeber und manche Volkswirtschaftsprofessoren meinen, eine wichtige Teilursache der Massenarbeitslosigkeit seien die zu hohen Löhne; bessere Rentabilität der Unternehmen und die Anregung der Investitionstätigkeit könnten heute nur um den Preis von Reallohnsenkungen erreicht werden. Wenn die Schweizer Exportindustrie auf den Weltmärkten und wenn die einheimische Industrie gegen die starke Importkonkurrenz wettbewerbsfähig sein sollen, so erfordere das den Verzicht auf Teuerungszulagen und Lohnerhöhungen, ja eventuell Reallohnabbau.
Um auf die Argumentation der Unternehmer begründet und einleuchtend antworten zu können, müssen wir zuerst beachten, dass in der modernen Volkswirtschaft ein Teil vom Volkseinkommen und vom Produktionsapparat der Herstellung von Sachkapital, also Maschinen, Fabriken, Elektrizitätswerken und so weiter, dient, also ein Teil des Volkseinkommens gespart wird, um investiert zu werden. Die Unternehmer investieren ihre Gewinne aber nur und die Banken leihen das Geld der Sparer für Investitionen nur aus, wenn sie damit rechnen können, dass nach den Produkten dieser Investitionen eine Nachfrage von solchem Umfang und solcher Kaufkraft vorhanden ist, welche die Amortisation innert nützlicher Frist und ausreichende Verzinsung der Investitionen sicherstellt. Dies wird aber nur der Fall sein, wenn in einer Volkswirtschaft das Einkommen und die Lebenshaltung der Konsumenten und breiten Volksschichten ausreichend entsprechend den Investitionen und wachsender Produktivität steigen.[1]

Aber diese absolut notwendige Grundbedingung für ein Gleichgewicht von Gesamtangebot und Gesamtnachfrage in einer Volkswirtschaft ist nun in der liberalkapitalistischen Wirtschaft nie ausreichend erfüllt. Denn eine zu einseitige Verteilung von Volkseinkommen und Volksvermögen zugunsten der Unternehmer und Kapitaleigner führt zu einer zu einseitigen Einschränkung des Konsums der breiten Volksschichten zugunsten der Investitionen – und das verursacht chronisch wiederkehrende Wirtschaftskrisen.[2] Preismässig übersteigt das Konsumgüterangebot oft die kaufkraftunterbaute Konsumnachfrage der breiten Arbeitnehmer- und Konsumentenschichten. Dieses Auseinanderklaffen von Angebot und Nachfrage auf dem Konsumgüter- und Dienstleistungsmarkt bremst die Investitionen und verursacht Arbeitslosigkeit und Absatzschwierigkeiten in der Investitionsgüterindustrie. Die Nachfrage nach Investitionsgütern leitet sich ja letztlich ab aus der Nachfrage nach Konsumgütern und Dienstleistungen. Unternehmergewinne und Ersparnisse werden angesichts unausgelasteter Produktionsanlagen und schlechter Absatzaussichten nicht mehr oder nur stark reduziert in arbeitsplatzschaffenden Produktionsanlagen investiert; sie werden angelegt in Kunstgegenständen, Gold, Schmuck und Bodenkäufen, in Spar- und Termineinlagen, welche die Banken nur kurzfristig und nur teilweise ausleihen. Volkseinkommen und Sozialprodukt müssen also schrumpfen.[3]
Das chronische gesamtwirtschaftliche Nachfragedefizit hat also als Teilursache die *zu einseitige Anhäufung von Gewinnen und Ersparnissen bei Unternehmern und Kapitaleignern und mangelnde kaufkräftige Nachfrage bei Konsumenten und Arbeitnehmern.* Die Argumentation «wachsende Gewinne, wachsende Investitionen, wachsende Beschäftigung» stimmt nicht. Ursache der Arbeitslosigkeit ist alles, was eine einseitige Verteilung von Volksvermögen und Volkseinkommen zugunsten der Unternehmer und Kapitaleigner begünstigt. Deshalb ist auch das Ergebnis des übersteigerten Investitionsbooms von 1968 bis 1971 und der wirtschaftspolitischen Umverteilungsanstrengungen zugunsten der Gewinn- und Unternehmereinkommen in Deutschland die heute wachsende deutsche Massenarbeitslosigkeit.[4]
Die zu einseitige Verteilung von Volkseinkommen und Volksvermögen, eine der Ursachen der Massenarbeitslosigkeit, hat *ihren Grund in der starken Vermachtung der Monopolisierung der liberalen Marktwirtschaft.* In ihr verfügt eine kleine Minderheit über Boden, Häuser, Wohnungen und Produktionskapital. Das erlaubt dieser Minderheit, einen Druck auf die kapitalentblössten Arbeitnehmer und Mieter auszuüben, die dringend auf Arbeit und Wohnung angewiesen sind. Dank ihrem Besitzmonopol kann sie den Anteil der Mieter und Arbeitnehmer am Sozialprodukt schmälern und für sich einen höheren Anteil vorwegnehmen.[5] Gewerkschaften und Mieterverbände konnten bis heute die Wirtschaftskrise verursachenden Folgen des Besitzmonopols nur sehr wenig abschwächen. Lohnerhöhungen und Teuerungszulagen wurden auf die Preise abgewälzt, Wohnungen werden oft in besser rentierende Appar-

tements und Büros umgebaut. Die dadurch ausgelöste heutige chronische Inflation bewirkt zusätzlich eine Umverteilung des Volkseinkommens zugunsten der Sachwertbesitzer und Kreditnehmer und zu Lasten der kleinen Sparer und Rentner.
Zum Besitzmonopol kommt die Politik der Kartelle und marktbeherrschenden Grossunternehmen: Verknappung des Angebots, Ankauf von Patenten und Erfindungen zur Verhinderung ihrer Auswertung im Produktionsprozess, Behinderung oder Ausschaltung des Wettbewerbs, um die Preise hochzuhalten.
Monopolisierung, Vermachtung und Kartellpolitik lähmen so die ordnende und ausgleichende Funktion eines freien Marktes, führen zu Überkapitalisierung einerseits und zu geschmälerter Konsumnachfrage anderseits und deshalb zu Konjunkturschwankungen und Massenarbeitslosigkeit.[6]
Schlussfolgerungen: Sind also nicht zu hohe Löhne, sondern eine zu einseitige Verteilung des Volkseinkommens zugunsten der Unternehmer und Kapitaleigner und Vermachtung und Monopolisierung der Wirtschaft wesentliche Teilursachen der Arbeitslosigkeit, dann wird Lohnabbau die Arbeitslosigkeit erhöhen anstatt beseitigen. Wir brauchen also eine Einkommens- und Lohnpolitik, die zu einer ausgeglicheneren Verteilung des Volkseinkommens führt, um den Konsumsektor mit dem Investitionssektor wieder in ein gesundes Verhältnis zu bringen. Wir brauchen ein besseres Boden-, Miet- und Kartellrecht, mehr Wettbewerb, eine Antimonopolpolitik, welche den Produktionskostenauftrieb infolge von Monopol- und Kartellpreisen bremst. Das stärkte die Wettbewerbsfähigkeit unserer Inland- und Exportindustrie. Und je gerechter und ausgeglichener die Verteilung des Volkseinkommens ist, desto grösser wäre auch die Bereitschaft der Arbeitnehmer, das Lohnniveau dieses oder jenes Wirtschaftszweiges dem internationalen Lohnniveau anzugleichen, wenn dafür eine absolute Notwendigkeit bestehen sollte.

Technologische Arbeitslosigkeit

Der technische Fortschritt in Verbindung mit immer besserer Organisation der Zusammenarbeit in den Unternehmen hat *die Produktivität unserer Wirtschaft in ungeahntem Ausmass gesteigert.* Um Waren und Dienstleistungen im Werte von 1 Million DM hervorzubringen, waren 1960 40 Erwerbstätige nötig, 1978 nur noch 19 (DM gerechnet zu Preisen von 1978). – Um das Bruttosozialprodukt 1960 von 612 Milliarden DM zu erwirtschaften, waren 56,2 Milliarden Arbeitsstunden nötig, für das Bruttosozialprodukt 1976 von 1123 Milliarden DM nur noch 46,1 Milliarden Arbeitsstunden (DM in konstanten Preisen von 1976). Der Überhang betrug also 10,1 Milliarden Arbeitsstunden. – Menschliche Arbeitskraft wird durch immer leistungsfähigere Maschinen ersetzt. 1957 betrug im Bergbau die Förderung je Mann und Schicht im Streb 4575 kg (Beschäftigte 607 300), 1977 aber 18 000 kg (Beschäftigte nur noch 192 000).[7]

Diese auf den ersten Blick erfreuliche Tatsache ungeahnt gestiegener wirtschaftlicher Produktivität hat leider auch ihre sehr problematische *Kehrseite.* Es wird zum Beispiel befürchtet, dass in der Bundesrepublik Deutschland infolge der Anwendung der Mikroprozessoren 2 Millionen Büroangestellte ihren Arbeitsplatz verlieren werden. Es wird geschätzt, dass der Schaffung eines neuen Arbeitsplatzes durch Mikroelektronik die Vernichtung von fünf alten Arbeitsplätzen gegenübersteht.[8] Die Arbeitszeit wurde bei weitem nicht im Gleichschritt mit der gestiegenen Arbeitsproduktivität gekürzt, und ein immer langsamer wachsendes Sozialprodukt wird mit immer weniger Arbeitskräften erzeugt.
Wenn durch Rationalisierung, technische Neuerungen und vermehrten Sachkapitaleinsatz menschliche Arbeit eingespart wird, aber diese Arbeitsersparnis «nicht zu entsprechend gesteigerter Produktion, nicht in wirtschaftliches Wachstum umgesetzt wird», dann bedeutet diese Arbeitsersparnis «geringere Nachfrage nach Arbeit, gleichbedeutend mit verringertem Angebot an *Arbeitsgelegenheit.* Sucht dann die gleiche Zahl von Arbeitswilligen nach Arbeitsgelegenheit, bleibt also die *Nachfrage nach* Arbeitsgelegenheit auf der alten Höhe, während das Angebot zurückgeht, dann stösst ein Teil dieser Nachfrage *ins Leere.* Das aber bedeutet Arbeitslosigkeit».[9]
Arbeitsersparnis durch bessere Technik und vermehrten Kapitaleinsatz ist also volkswirtschaftlich nur sinnvoll und sozial vertretbar, wenn entweder die freigestellten Arbeitskräfte in anderen Unternehmen wieder Arbeit finden, oder die Arbeitsersparnis in Arbeitszeitverkürzung umgesetzt wird, oder die Arbeitsersparnis zu Preisermässigungen führt, die erhöhte Nachfrage nach den kostengünstiger erzeugten Produkten und damit auch Arbeitskräften auslösen.
Die Arbeitsersparnis in höhere Produktion und höheren Absatz preisgünstiger Produkte umzusetzen ist nun aus zwei wichtigen Gründen problematisch: 1. Der Markt für langlebige Konsumgüter, Radio- und Fernsehapparate, Kühlschränke, Autos, Waschmaschinen und so weiter, weist eine zunehmende Sättigung auf. Hier zeichnet sich ein Absatzrückgang ab und damit auch ein Absinken der Investitionen in diesem Wirtschaftssektor. 2. Eine weitere Steigerung eines nur quantitativen Wirtschaftswachstums, der Lebenshaltung und des Konsums ist angesichts der zunehmenden Verknappung von Boden, Rohstoffen und Energiequellen unerwünscht. Ein exponentielles Wirtschaftswachstum ist in einer endlichen Welt auf die Dauer absolut unmöglich und angesichts der heutigen grossen Belastung der Umwelt mit Schadstoffen weder sinnvoll noch wünschenswert. [10]
Da wir nun weiterhin mit sehr rasch wachsender Produktivität in der Wirtschaft rechnen müssen, diese Produktivität oder Arbeitsersparnis aber nur noch zu einem geringen Teil in qantitativ-gütermässiges Wirtschaftswachstum umgesetzt werden kann oder umgesetzt werden sollte, erscheinen folgende Folgerungen und Massnahmen als vernünftig und unbedingt notwendig:

Anstelle von Lohnerhöhungen brauchen wir jetzt eher Arbeitszeitverkürzung, um die Erwerbsarbeit besser auf die arbeitsfähige und arbeitswillige Bevölkerung zu verteilen. Anzustreben ist eine Kombination von längerer Ausbildungsdauer, Herabsetzung des Rentenalters, der Überstundenzahl und der wöchentlichen Arbeitszeit sowie eine Verlängerung der jährlichen Ferien.

Zur Arbeitszeitverkürzung hinzukommen muss die Finanzierung von Arbeit und Arbeitskräften in Bereichen, in denen sie heute fehlen, obgleich nach ihnen Bedarf vorhanden ist: Förderung von Massnahmen zur rationellen Energieverwendung, Energieforschung, Gebäudeisolierung; Förderung einer breiten beruflichen Grundausbildung und der beruflichen Umschulung, was die Mobilität und Anpassungsfähigkeit der Arbeitskräfte erhöhen würde; Förderung des Baues preisgünstiger Wohnungen für Betagte und Familien mit Kindern sowie des genossenschaftlichen Wohnungsbaues; Ausbau der Sozialdienste für die Betreuung von Kleinkindern von Müttern, die auf Erwerbsarbeit angewiesen sind; Ausbau der Sozialdienste für Betagte, Kranke, Behinderte, entlassene Strafgefangene, Jugendliche und Randgruppen der Gesellschaft; Ausbau der Hilfe für die Bergbauern; Förderung des Natur- und Umweltschutzes sowie der Präventivmedizin.[11]

Ob aber Volk, Politiker, Steuerzahler, Gewerkschaften und Unternehmer die Arbeitszeit verkürzen werden, die vorgeschlagenen sozial- und wirtschaftspolitischen Massnahmen verwirklichen werden, das ist ungewiss.

Sicher ist nur: Ohne Einsicht und Vernunft, ohne die Bereitschaft, zugunsten von mehr Lebensqualität und sozialer Gerechtigkeit auf überflüssigen Luxus zu verzichten, wird die technologische Arbeitslosigkeit nie bekämpft werden können, und deshalb wird der Kampf gegen die technologische Arbeitslosigkeit von grosser Härte und langer Dauer sein. Es ist nüchtern zu bedenken und zu fragen: Wie und wieweit wird es angesichts der politischen und wirtschaftlichen Machtverhältnisse, des sehr starken Einflusses der Unternehmer und Kapitaleigner auf die Massenmedien und der Meinungsvielfalt in einem Lande zur Finanzierung der erwähnten zusätzlichen Arbeitsbeschaffungsmassnahmen kommen?

Wird sich abstimmungs- und finanzpolitisch eine Wirtschafts-, Sozial- und Steuerpolitik durchsetzen lassen, welche einem sozial, kulturell und qualitativ ausgerichteten Wirtschaftswachstum den Vorrang gibt vor einem nur quantitativ ausgerichteten?

Der heute so laute Ruf nach Steuerabbau, die unheilverkündenden Warnungen vor mehr Bürokratie, mehr Staat und Einkommensnivellierung, die massive Überschätzung der Selbstregulierungs- und Anpassungskräfte der Marktwirtschaft bei gleichzeitiger Verteuflung unbedingt notwendiger wirtschaftlicher Rahmenplanung, die Gewöhnung an hohen Komfort und Konsum müssen nüchtern und realistisch eingeschätzt werden.

Arbeitslosigkeit und Billiglohnländer

Eine wesentliche Mitursache der heutigen Arbeitslosigkeit in Europa und den USA ist, dass viele Unternehmen und besonders multinationale Konzerne ihre Produktion in Länder verlagern, in denen ein grosses Reservoir sehr billiger Arbeitskräfte besteht, keine oder nur sehr schwache Gewerkschaften vorhanden sind, Arbeiterschutz und Sozialversicherungen sehr schlecht entwickelt sind. Die Waren aus diesen Ländern mit sehr niedrigen Lohn-, Sozial- und Produktionskosten konkurrenzieren dann mit Tiefpreisen die Erzeugnisse der Unternehmen in Europa und in den USA. Die Folgen auf dem westlichen Markt sind: Preis- und Lohndruck, Verdrängung europäischer Erzeugnisse, Betriebsschliessungen und Arbeitslosigkeit. Der von Multis rücksichtslos forcierte Übergang zu einer neuen internationalen Arbeitsteilung ohne jede soziale Rücksichtnahme auf die westliche Arbeiterschaft soll in der deutschen Textil- und Bekleidungsindustrie 313 000 Arbeitsplätze vernichtet haben. Dabei schafft die Verlagerung hochautomatisierter Produktionsbetriebe in Entwicklungsländer daselbst nur wenige neue Arbeitsplätze. Eine absolut freie liberale internationale Wirtschafts- und Handelspolitik ohne jede soziale Rücksichtnahme nützt den Entwicklungsländern herzlich wenig und bewirkt schwere soziale und volkswirtschaftliche Schäden in den westlichen Ländern. Diese Schäden werden wesentlich höher sein als der Nutzen und Beschäftigungseffekt, der durch den Export von Kapital und hochmoderner Maschinen nach den Billiglohnländern bei uns entsteht.[12]

Die in Europa und in den USA Arbeitslosigkeit verursachenden Importe aus Billiglohnländern sind ein sehr schwer zu lösendes Problem. Analog zur schweizerischen Landwirtschaftspolitik wird man an eine mässige Politik der Importbeschränkung und des Schutzzolles denken müssen, sollen nicht Teile der inländischen Produktion (zum Beispiel Textilien und Schuhe in der Schweiz) vollständig verschwinden und dann eine diesbezüglich völlige Abhängigkeit vom Ausland eintreten. Die Kehrseite dieser Schutzpolitik ist, dass man mit Behinderungen des eigenen Exports durch Gegenmassnahmen der Billiglohnländer rechnen muss.

Entscheidend wäre, dass unsere Entwicklungspolitik auch darauf ausgerichtet wird, in den Billiglohnländern die Ausweitung des einheimischen Marktes für die einheimische Produktion und den Aufbau von Sozialpolitik, Arbeiterschutz und starker Gewerkschaften zu fördern. Eine Angleichung von Lohnniveau und sozialen Verhältnissen in den Billiglohnländern an jene des Westens ist die unabdingbare Voraussetzung für eine solche Ausweitung des internationalen Handels und der internationalen Arbeitsteilung, die für die westlichen Staaten keine Arbeitslosigkeit und keine Verschlechterung der sozialen Verhältnisse bringt. Zudem wird und kann kein Staat dazu bereit sein, seine Volkswirtschaft in allem und jedem vom Welthandel abhängig zu wissen. Jeder Staat muss sich ein Minimum von wirtschaftlicher Unabhängigkeit bewahren.

Von grosser Bedeutung wären auch Massnahmen von Staaten und internationalen Institutionen, welche die multinationalen Konzerne zu einer sozialeren Unternehmenspolitik zwingen.

Anmerkungen

[1] O. v. Nell-Breuning, Gesellschaft und Wirtschaft heute, Bd. 2, S. 204–208, Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1957.
[2] Ebd. S. 206.
[3] Ota Sik, Humane Wirtschaftsdemokratie, ein dritter Weg, S. 256, 264, 279, 303, Verlag A. Knaus, Hamburg 1979.
[4] S. Katterle/A. Rich, Religiöser Sozialismus und Wirtschaftsordnung, S. 96 ff., Gütersloher Verlagshaus Gerd Mohn, Gütersloh 1980.
[5] O. v. Nell-Breuning, Wirtschaft und Gesellschaft heute, Bd. 3, S. 298.
[6] P. Harten, So funktioniert die Marktwirtschaft, S. 56 f., Verlag Herder, Freiburg i. Br. 1972; J. Messner, Naturrecht, S. 992, Verlag Tyrolia, Innsbruck 1960.
[7] M. Krämer/H.-C. Rohrbach, Arbeitslosigkeit und Arbeit, S. 20 f., Christophorus-Verlag Herder GmbH., Freiburg i. Br. 1979.
[8] Ebd.
[9] O. v. Nell-Breuning, Gerechtigkeit und Freiheit, S. 289 ff., Europaverlag, Wien 1980.
[10] H. C. Binswanger, Vom quantitativen zum qualitativen Wachstum, NZZ, 17. November 1981; W. Kessler, Nicht auf die alten Pferde setzen, Wie kann man der Arbeitslosigkeit beikommen?, Publik-Forum, Nr. 3, Frankfurt a. M. 1982; M. Krämer/H.-C. Rohrbach, a. a. O., S. 57–76.
[11] Eingabe des SGB zur Wirtschafts- und Beschäftigungslage (an den schweizerischen Bundesrat), Gewerkschaftliche Rundschau, Heft 4, 1982; W. Kessler, angeführter Artikel; W. Krämer/H.-C. Rohrbach, a. a. O., S. 59–73.
[12] M. Krämer/H.-C. Rohrbach, a. a. O., S. 20 f., S. 41–45; H. Ruh/R. Höhn, Die neue Internationale Wirtschaftsordnung – Test für die Schweiz, S. 125–135, Studien und Berichte aus dem Institut für Sozialethik SEK, Sulgenauweg 26, 3007 Bern.